



Gemeinde Wolfschlugen
Landkreis Esslingen

H Ä U P T S A T Z U N G

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S.581 ff., berichtigt S.698), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Dezember 2015 (GBl. 2016 S.1) hat der Gemeinderat am 27.11.2017 folgende Hauptsatzung beschlossen:

A. Form der Gemeindeverfassung

§ 1 Gemeinderatsverfassung

Verwaltungsorgane der Gemeinde sind der Gemeinderat und der Bürgermeister.

B. Gemeinderat

§ 2 Stellung, Aufgaben und Zuständigkeiten

- 1) Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde.
- 2) Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Gemeinderat den Ausschüssen oder dem Bürgermeister bestimmte Angelegenheiten übertragen hat, oder der Bürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist. Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse und sorgt beim Auftreten von Missständen in der Gemeindeverwaltung für deren Beseitigung durch den Bürgermeister.

§ 3 Zusammensetzung

- 1) Der Gemeinderat besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzendem und den ehrenamtlichen Mitgliedern (Gemeinderäte).
- 2) Für die Zahl der Gemeinderäte ist jeweils die nächstniedrigere Gemeindegruppengröße maßgebend.

§ 4 Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

Über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im Sinne von § 78 Abs. 4 der GemO entscheidet der Gemeinderat.

C. Ausschüsse des Gemeinderates

§ 5 Beschließende Ausschüsse

- 1) Es wird folgender beschließender Ausschuss gebildet:
 - 1.1 der Umlegungsausschuss
- 2) Der Umlegungsausschuss besteht aus dem Bürgermeister und vier weiteren Mitgliedern des Gemeinderates.
In den Sitzungen des Umlegungsausschusses werden ein Vermessungssachverständiger und ein Bausachverständiger als Mitglieder mit beratender Stimme zugezogen. Der Ausschuss kann weitere Sachverständige zuziehen.
- 3) Für jedes Mitglied des Ausschusses wird ein Stellvertreter bestellt, der diesen im Verhinderungsfall vertritt (persönlicher Stellvertreter).
- 4) Der Umlegungsausschuss ist zuständig für die von der Gemeinde bei der Durchführung von Umlegungen nach § 45 ff. BauGB zu treffenden Entscheidungen.

§ 6 Beratende Ausschüsse

- 1) Es wird folgender beratender Ausschuss gebildet:
 - 1.1 der Gemeinsame Kindergartenausschuss
- 2) Dieser Gemeinsame Kindergartenausschuss besteht aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und 3 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.
- 3) Für jedes Mitglied des Ausschusses wird ein persönlicher Stellvertreter bestellt, der diesen im Verhinderungsfall vertritt (persönlicher Stellvertreter).
- 4) Der Geschäftskreis des Gemeinsamen Kindergartenausschusses umfasst sämtliche Kindergartenangelegenheiten
- 5) Der Gemeinsame Kindergartenausschuss hat das Recht im Rahmen seiner Zuständigkeit Vorberatungen durchzuführen.
- 6) Weitere beratende Ausschüsse werden im Einzelfall gebildet

D. Bürgermeister

§ 7 Rechtsstellung

Der Bürgermeister ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit.

§ 8 Zuständigkeiten

- 1) Der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung und vertritt die Gemeinde. Er ist für die sachgemäße Erledigung der Aufgaben und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung verantwortlich und regelt die innere Organisation der Gemeindeverwaltung. Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder den Gemeinderat über-

tragenen Aufgaben. Weisungsaufgaben erledigt der Bürgermeister in eigener Zuständigkeit, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde in einer Angelegenheit angehört wird, die aufgrund einer Anordnung der zuständigen Behörde geheim zu halten ist.

- 2) Dem Bürgermeister werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit sie ihm nicht bereits nach Abs. 1 zukommen:
 - 2.1 Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan bis zum Betrag von 20.000 € im Einzelfall,
 - 2.2 die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 4.000 € im Einzelfall,
 - 2.3 die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppen E 1 bis E 8 TVöD, bzw. S2 bis S 8a TVöD SuE, Beamten des mittleren Dienstes bis einschließlich Besoldungsgruppe A8, aushilfsweise Beschäftigten, Beamtenanwärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen,
 - 2.4 die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen,
 - 2.5 die Bewilligung nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freigiebigkeitsleistungen bis zu 2.000 € im Einzelfall
 - 2.6 die Stundung von Forderungen im Einzelfall,
 - 2.6.1 bis zu sechs Monaten in unbeschränkter Höhe,
 - 2.6.2 bis zu zwölf Monaten und bis zu einem Höchstbetrag von 10.000 €,
 - 2.7 den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Gemeinde im Einzelfall nicht mehr als 5.000 € beträgt,
 - 2.8 die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten, im Wert bis zu 20.000 € im Einzelfall,
 - 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 5.000 € im Einzelfall,
 - 2.10 die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 5.000 € im Einzelfall,
 - 2.11 die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt,
 - 2.12 die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger zu Beratungen einzelner Angelegenheiten im Gemeinderat oder in den Ausschüssen,

2.13 die Beauftragung der Feuerwehr zur Hilfeleistung in Notlagen und mit Maßnahmen der Brandverhütung im Sinne des § 2 Abs. 2 Feuerwehrgesetz.

E. Stellvertreter des Bürgermeisters

§ 9 Stellvertreter des Bürgermeisters

Es werden drei Stellvertreter des Bürgermeisters aus der Mitte des Gemeinderates gewählt.

F. Schlussbestimmungen

§ 10 Inkrafttreten

Die Hauptsatzung tritt am 01.01.2018 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die bisherige Hauptsatzung vom 10.12.2013 außer Kraft.

Wolfschlugen, den 28.11.2017

gez. Ruckh
Bürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentliche der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.